

Muddathir, Ahmed

Article — Digitized Version

Der Schutz internationalen privaten Kapitals für die Finanzierung von Entwicklungsvorhaben

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Muddathir, Ahmed (1959) : Der Schutz internationalen privaten Kapitals für die Finanzierung von Entwicklungsvorhaben, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 39, Iss. 1, pp. 21-29

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/132745>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

ABHANDLUNGEN

Der Schutz internationalen privaten Kapitals für die Finanzierung von Entwicklungsvorhaben

Dr. Ahmed Muddathir, Duisburg

Mag man sich darüber streiten, ob es zweckmäßig ist, für bestimmte Entwicklungsvorhaben Staatskredite zu gewähren und für andere lieber private Mittel einzusetzen: unzweifelhaft ist bisher der größte Teil aller wirtschaftlichen Erschließungsarbeiten der Welt aus privatem Interesse geleistet worden, und man wird trotz aller zwischenstaatlicher Hilfe für Infrastruktur-Investitionen nicht ohne die Mitwirkung privater Investitionen einen schnellen Ausbau der Entwicklungsgebiete erwarten dürfen. Private Kredite beanspruchen aber Gewinne, die dem Risiko entsprechen. Durch politische Entwicklungen hat sich jedoch das Risiko erhöht, aber die Gewinnspanne ist durch soziale und nationale Rücksichten vermindert worden. Der Autor untersucht die schon verschiedentlich aufgeworfene Frage, ob das private Risiko nicht durch eine weltweite Organisation — und vielleicht Poolung — des privaten Kredits auf ein Mindestmaß herabgesetzt werden kann. Wir möchten dabei allerdings die Frage aufwerfen, ob nicht gerade durch die Organisation der privaten Kreditgewährung der private Charakter verloren geht, der diese Kreditquelle gegenüber dem Kreditnehmer auszeichnet.

Die Entwicklungsländer sind gegenwärtig nicht in der Lage, so schnell aus eigenen Kräften Kapital zu bilden, wie es bei der Industrialisierung der hochentwickelten Gebiete Westeuropa und Nordamerika möglich war. Sie sind daher auf die Kapitaleinfuhr angewiesen, bis sie ein gewisses Stadium der Entwicklung erreicht haben, von dem aus sie selbst Kapital bilden können. Es wird häufig die Ansicht vertreten, daß dieser Umstand auf die Unfähigkeit der Völker und Regierungen dieser entwicklungsbedürftigen Länder zurückzuführen sei. Um das Problem des ausländischen Kapitals klarer zu machen, ist es erforderlich, zunächst einmal die Ursachen dieser sogenannten Unfähigkeit der betreffenden Länder, eigenes Kapital für die Industrialisierung bereitzustellen, zu betrachten. Diese Ursachen enthalten die Wurzel der Entwicklungsproblematik, ohne die eine Behandlung des Problems der Finanzierung durch das internationale private Kapital einseitig und zusammenhanglos bleibt.

URSACHEN MANGELNDER KAPITALBILDUNG

Es besteht ein fundamentaler Unterschied in den Voraussetzungen für die Industrialisierung Europas und Amerikas und der heutigen Entwicklungsländer. Die industrielle Technik des 18. und 19. Jahrhunderts baute auf einer soliden Grundlage der in der Vorindustrialisierungszeit akkumulierten Reichtümer auf. Man produzierte in großem Umfange mittels handbetriebener Maschinen. Zahlreiche große und kleine Vermögen entstanden daraus. Der die ganze Welt umspannende Handel einschließlich einiger für die heutige Zeit unmöglichen Formen des Handels, wie beispielsweise der Sklavenhandel und die Ausbeutung der Unkenntnis der überseeischen Eingeborenen hinsichtlich des wahren Wertes der Handelsgüter, brachte große Gewinne nach Westeuropa und den

nordamerikanischen Kolonien. Die neuen Maschinen, die zu jener Zeit das Monopol dieser Länder waren, lieferten noch mehr Erzeugnisse für den Handel. Das Dampfschiff beschleunigte den Kapitalumschlag. Die Erschließung von neuen jungfräulichen Gebieten brachte weitere Chancen für erhebliche Gewinne aus Pachtzinsen, aus großen Mengen von billigeren Rohstoffen und schließlich aus Zinserträgen der in den neuen Gebieten angelegten Kapitalien sowie das Anwachsen der Fertigwarenausfuhr, die den Kapitalexport aus diesen Ländern unvermeidlich begleiten mußte. Daneben wies die Industrie eine hohe Profitrate auf. In den verschiedenen Perioden der allmählichen Verbreitung einer großen Anzahl von Erfindungen erzielten die Pioniere der Industrie gewaltige Gewinne über die Durchschnittsgewinnspanne hinaus. Ein bedeutender Teil des steigenden Einkommens wurde dem Kapital zugeschlagen. Die Löhne waren niedrig, die Arbeitszeit lang, und soziale Ausgaben fielen noch nicht an.

Was können wir feststellen, wenn wir jetzt die Kosten der gegenwärtigen Industrialisierung in Betracht ziehen? Die heutige Technik der Industrie ist kapitalintensiv. In den Industrieländern entwickelte sie sich schrittweise im Laufe von mehr als eineinhalb Jahrhunderten; die Maschinen der Epoche der industriellen Revolution waren, an modernen Normen gemessen, einfache und relativ billige Geräte. Eine Wirtschaft mit niedrigen Löhnen kann zwar eine etwas weniger kapitalintensive Technik bedienen, doch heute ist der erforderliche Kapitalaufwand je Arbeiter und Erzeugungseinheit im Vergleich zu den niedrigen Einkommen der Entwicklungsländer viel zu hoch. Der Mindestaufwand an modernen technischen Einrichtungen je Arbeiter ist heute bedeutend höher als früher. Ein bestimmter jährlicher Fortschritt setzt in

den wirtschaftlich zurückgebliebenen Ländern eine höhere Zuwachsrates des Volkseinkommens voraus als in den bereits entwickelten Ländern. Im Laufe der Zeit vergrößert sich die Kluft zwischen den reichen und den armen Ländern ständig. Das Ausgangskapital wird immer kleiner, und die Bildung neuen Kapitals geht erheblich langsamer vonstatten als im 19. Jahrhundert. Zudem fordern die Arbeitnehmer einen größeren Anteil am Volkseinkommen, sei es durch höhere Löhne oder soziale Leistungen. Um dem Bevölkerungswachstum einen Schritt voraus zu sein, ist eine hohe Investitionsrate erforderlich. Die meisten dieser Gebiete standen jahrhundertlang unter der Herrschaft von Nationen einer höheren wirtschaftlichen Entwicklungsstufe. Die Gewinne aus dem Handel flossen weitgehend den Mutterländern zu. Die Konkurrenz maschinell erzeugter Produkte verhinderte die Kapitalbildung aus gewerblicher und Manufakturarbeit und vernichtete einen guten Teil dessen, was in dieser Hinsicht bestanden hatte. Die Extraktionsindustrien, Plantagen, Banken, Versicherungsgesellschaften, Verkehr, Nachrichtenwesen usw. waren in ausländischem Besitz. Ein beachtlicher Teil der Gewinne aus diesen Unternehmungen wurde in Form von niedrigen Exportpreisen oder in Gestalt von Dividenden und Zinsen ins Ausland transferiert.

Die Entwicklungsländer haben also nicht die breite Basis von Reichtümern aus der Vorindustrialisierungsperiode aufzuweisen, deren sich die heutigen Industrieländer in der Zeit ihres wirtschaftlichen Aufschwungs erfreuten. Infolge der Ausbreitung der Lebensformen der neuen Zivilisation, in der der Kontakt zwischen den verschiedenen Völkern wenigstens durch die Entwicklung des Transportwesens und insbesondere des Nachrichtenwesens erleichtert wurde, kann die Ungleichheit der Einkommen nicht wie im 19. Jahrhundert eine hohe Kapitalakkumulation bedeuten. Ja, heute hat der Anteil der Arbeitnehmer am Volkseinkommen in den sich industrialisierenden Ländern schon lange vor der Vollendung der industriellen Entwicklung zu wachsen begonnen. Der Anspruch auf höhere Löhne, bessere Arbeitsbedingungen, auf Maßnahmen zur Sicherung der Gesundheit und der sozialen Lage läßt sich nicht mehr übersehen, wie das früher in ähnlichen Entwicklungsperioden der Industrie anderer Länder der Fall gewesen ist.¹⁾ Es ist oft mißverstanden worden, daß die heutige Wirtschaftsstruktur der Entwicklungsländer im Vergleich zu der der fortgeschrittenen Länder in Wirklichkeit zu einer relativen Verarmung der ersteren führt. Obgleich das absolute Volkseinkommen auch der Entwicklungsländer gestiegen ist, ist der Sparprozeß keinesfalls leichter geworden, sondern im Gegenteil viel schwieriger, weil zur gleichen Zeit ein Absinken ihres relativen Einkommens im Vergleich mit dem der hochentwickelten Länder stattgefunden hat.²⁾

¹⁾ Vgl. Henry G. Aubrey: „The Role of the State in Economic Development“, in: *American Economic Review*, Vol. XLI, Nr. 2, Mai 1951, S. 266 ff.

²⁾ Vgl. Ragnar Nurkse: „Some International Aspects of the Problem of Economic Development“, in: *American Economic Review*, Vol. XLII, Nr. 2, Mai 1952, S. 571 ff.

Durch die klassische internationale Arbeitsteilung, die der damaligen industriellen Lage Englands und der anderen westlichen Länder und demzufolge ihren Interessen entsprach, sollte erreicht werden, daß Europa ausreichend mit Rohstoffen und Nahrungsmitteln versorgt wurde, so daß sowohl eine Ausweitung der industriellen Produktion möglich war als auch die Ernährung der ständig wachsenden Bevölkerung gesichert werden konnte. Aus diesem Grunde ist die Wirtschaft der Kolonialländer ausschließlich exportorientiert. Da sie nur auf der Förderung von Rohstoffen basiert, ist sie einseitig und demzufolge stärker als die Wirtschaft der Industrieländer Marktfluktuationen unterworfen. Noch wesentlicher aber ist, daß die Wirtschaft der Kolonialländer, die auf die Bedürfnisse der europäischen Wirtschaft ausgerichtet ist, von der ökonomischen Situation und von der technischen Entwicklung Europas abhängt. Je nach der wirtschaftlichen Lage der Industrieländer werden bestimmte Rohstoffzweige der Entwicklungsländer gefördert und andere vernachlässigt. Das ist das Charakteristikum der Monokultur und der Monoindustrialisierung. Durch diese Einseitigkeit der Wirtschaft wird die Kapitalbildung gehemmt. Dadurch, daß durch diese Einseitigkeit nicht andere Industriezweige und „External Economies“ entstehen bzw. eine Expansion der gesamten Wirtschaft stattfindet, fehlt die Mittelschicht, weil der aus der Rohstoffproduktion erzielte Gewinn sich in der Hauptsache auf eine bestimmte dünne Schicht der Bevölkerung beschränkt. Eine relativ kleine Schicht der Bevölkerung zieht aus dieser Lage den größten Nutzen, während die Mehrheit dieser Bevölkerung wie früher lebt. Diese Einseitigkeit der Wirtschaft gestattet also nicht das Bestehen einer Gruppe von Kaufleuten, unabhängigen Bauern, Geschäftsleuten oder Facharbeitern. In historischer Sicht verhindert das Fehlen einer Mittelschicht die Kapitalbildung. Auf der sozialen Ebene führt diese einseitige Wirtschaft zu einer Verschärfung der schon bestehenden Ungleichheit in der Einkommensverteilung, in den Ausbildungsmöglichkeiten, in der Besetzung der Regierungsstellen und damit auch der politischen Macht.

Aber das ist nicht das Ende der Geschichte. Die Einseitigkeit der Wirtschaft führt nicht zu einer ständigen Steigerung des Volkseinkommens. Als die Kolonialwirtschaft zusammen mit der industriellen Expansion in Europa aufgebaut wurde, dachte man auf Grund der alten internationalen Arbeitsteilung, daß die Spezialisierung auf die Produktion von Rohstoffen auch für die Rohstoffländer vorteilhaft sei, jedoch hat man den ungünstigen Trend der Terms of Trade nicht vorausgesehen. In der Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Rohstoff- und Industrieländern stellte sich aber bald heraus, daß sich die Terms of Trade für die Rohstoffländer ständig verschlechtert haben. Natürlich gibt es Zeiten der Hochkonjunktur, in denen sie sich verbessern, wie z. B. während des Korea-Krieges, doch werden diese vorübergehenden Erscheinungen dann von einem starken Rückgang in der darauffolgenden Zeit überkom-

pensiert. So z. B. die UNO bewiesen, daß die Terms of Trade sich für die Rohstoffländer seit einem halben Jahrhundert um 40 % verschlechtert haben.

Dies erklärt man mit dem Anwachsen der Produktivität in den Industrieländern, die zu einer Verminderung der für die Herstellung eines Industrieerzeugnisses notwendigen Rohstoffmenge führte, sowie der Entwicklung der Kunststoffindustrien. Die Möglichkeit der Erweiterung der Produktion bestimmter Rohstoffe ist hierbei nicht ausgeschlossen; die Lage bei den einzelnen Rohstoffen ist entsprechend den verschiedenen Perioden unterschiedlich, der Trend als Ganzes aber ist ungünstig. Es ist nicht der Ertrag eines einzigen Rohstoffes, der die Steigerung des Volkseinkommens bestimmt, sondern die Gesamtheit der verschiedenen Rohstoffe, die in einem Land produziert werden. Ausnahmen gibt es, wenn die in Frage kommenden Rohstoffe selten sind, die Nachfrage unelastisch ist und sie nur schwer substituierbar sind, wie z. B. Erdöl. Zwar hat auch eine Steigerung der Produktivität in der Rohstoffförderung stattgefunden, sie führte aber durch die Vermehrung der Produktion zu einem Preisverfall. Das Anwachsen der Produktivität in den Industrieländern kann zu einer Produktionserweiterung führen und damit auch zu einem größeren Bedarf an Rohstoffen; dies ist aber nicht immer der Fall, weil die Marktkapazität unterschiedlich ist und von verschiedenen Faktoren abhängt. Die Verschlechterung der Terms of Trade verhindert die Verwirklichung jedes wirtschaftlichen Programmes von Bedeutung für die Hebung des Lebensstandards und damit auch die Kapitalbildung, weil das, was man heute aus dem Überschuß der Rohstoffe gewinnt, schon morgen erheblich im Wert gesunken sein kann. Den sichtbarsten Beweis für die Veränderungen im Verhältnis zwischen den Preisen für Fertigwaren und den Rohstoffpreisen erblicken wir im rapiden und gleichmäßigen Ansteigen des Lebensstandards in den höher industrialisierten Ländern. Dieses Ansteigen beruht auf der relativ schnellen Zunahme der industriellen Produktivität. Dementsprechend erklärt sich die Entwicklung des Lebensstandards der Länder, deren Wirtschaft allein auf der Erzeugung von Rohstoffen und Nahrungsmitteln beruht. Die UNO selbst ist in ihren Untersuchungen zu dem Ergebnis gekommen, daß die Entwicklungsländer so einen Teil der Kosten für die Steigerung des Lebensstandards in den industrialisierten Ländern übernehmen mußten.³⁾

Deshalb ist es nicht verwunderlich, wenn Fachleute bemerken, daß im Gegensatz zu der herrschenden optimistischen Auffassung der Nationalökonomien, nach der während der letzten zwei Generationen ein Anwachsen der Pro-Kopf-Einkommen in der ganzen Welt stattgefunden hat, in Wahrheit das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen in einem großen Teil der Welt geringer ist, als es im Jahre 1913 gewesen war.⁴⁾ Ein Grund hierfür ist das rapide und ständige

³⁾ United Nations: „Relative Prices of Imports and Exports of Underdeveloped Countries“, New York 1949, S. 126.

⁴⁾ H. W. Singer: „Economic Progress in Underdeveloped Countries“, in: Social Research, Vol. 16, Nr. 1, März 1949.

Anwachsen der Bevölkerung vieler Entwicklungsländer, das bei einer derartigen Berechnung des durchschnittlichen Welteinkommens in Betracht gezogen werden muß. Mit anderen Worten: Der Lebensstandard eines Bruchteils der Weltbevölkerung (Europa und Nordamerika) ist sehr schnell angestiegen, während der Lebensstandard der überwiegenden Mehrheit der ständig im Wachsen begriffenen Weltbevölkerung sich viel langsamer gebessert hat, teilweise unverändert geblieben oder sogar zurückgegangen ist. Für diese Ungleichheit in der Verteilung der Welteinkommen sind nicht die Entwicklungsländer selbst auf Grund irgendeiner Schwäche in der Produktion oder sonstiger subjektiver Hindernisse verantwortlich, sondern sie ist auf eine bedeutende und unerwartete strukturelle Veränderung in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen zurückzuführen, besonders zwischen den Rohstoff- und Industrieländern. Die gegenwärtige Lage der Entwicklungsländer zeigt deutlich die große Bedeutung der Verflochtenheit aller wirtschaftlichen Dinge und den Einfluß der kumulativen Prozesse, die von der Wirtschaftswissenschaft selbst so bedeutsam hervorgehoben werden. Das Dilemma für die Entwicklungsländer zeigt sich in dem *circulus vitiosus*: „Ein unterentwickeltes Land ist arm, weil es keine Industrie hat, und ein unterentwickeltes Land hat keine Industrie, weil es arm ist.“⁵⁾

Aus dem Vorstehenden geht hervor, daß der Mangel an Kapital in den Entwicklungsländern von Faktoren abhing, die außerhalb ihrer Kontrolle lagen. Die Industrieländer und die Kolonialmächte insbesondere sind zu einem guten Teil auch mitverantwortlich, weil sie den Entwicklungsländern eine internationale Arbeitsteilung bewußt oder unbewußt aufgezwungen haben, die wenig Möglichkeiten zur Entwicklung der Technik, Kultur usw. ließ. Der größte Teil der ökonomischen, sozialen und finanziellen Vorteile entfällt auf die Bevölkerung der kapitalinvestierenden Länder. Dies ist auf die Art und Weise, in der die damaligen internationalen Kapitalanlagen investiert und gestaltet worden waren, zurückzuführen. Deshalb ist es verständlich, daß die Völker der Entwicklungsländer ausländische Kapitalien heute auf anderer Basis wünschen, d. h. in einer Form, die sie zu einer ausgeglichenen Wirtschaft führt. Im Licht der bisher dargelegten Ergebnisse der klassischen ausländischen Investitionen in den Entwicklungsländern müssen die Hindernisse für die Finanzierung der Industrialisierung durch das internationale private Kapital betrachtet werden. Wir unterscheiden in diesem Zusammenhang Hindernisse seitens der Kapitalgeber und Hindernisse seitens der Entwicklungsländer.

HINDERNISSE SEITENS DER CAPITALGEBER

Die Kapitalinvestitionen im 19. Jahrhundert und sogar bis 1929 kamen aus privater Hand und stimmten mit den Anschauungen und Ideologien, auf denen das Wirtschaftsleben damals beruhte, überein. Es gibt zwei Gründe für den Wandel der Ansichten über die

⁵⁾ H. W. Singer, a. a. O.

internationalen Kapitalanlagen: einmal das Verschwinden einer gemeinsamen Ideologie in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht, die wenigstens bis 1914 als Basis der internationalen Beziehungen gedient hatte; und zweitens die Rolle, die die einzelnen Regierungen im Wirtschaftsleben übernommen haben.

Es ist außerordentlich wichtig, bei den gegenwärtigen Debatten über die internationalen Kapitalbewegungen diesen Wandel der Ansichten im Auge zu behalten. Es war damals eine unumstößliche Tatsache für die meisten Leute, daß Kapital nur deshalb im Ausland angelegt wurde, weil man sich einen Gewinn davon versprach. Die private Initiative trachtete danach, ihre Gelder nur in solchen Unternehmen und in solchen Ländern anzulegen, die die höheren Gewinne erwarten ließen. Ein besonderes Motiv für solche Kapitalanlagen war vor allem auch das Verlangen zu spekulieren und die Lust am abenteuerlichen Vabanquespiel.

Private Interessen bestehen bei Investitionen im Ausland nach wie vor, doch beherrschen sie nicht mehr allein das Feld. Diese Ansicht gehörte zusammen mit dem Liberalismus zum Geist des 19. Jahrhunderts und bestärkte das Gewinnstreben der freien Unternehmung. Auch entsprach sie der Überzeugung, die Regierungen sollten die wirtschaftlichen Vorgänge einem System von Preisen und Märkten überlassen, in dem die Individuen ihren eigenen privaten Nutzen suchen. Im Gegensatz zu neuen Ansichten hatten die Regierungen als solche keine Verantwortung für das Volkseinkommen und die Beschäftigung. Man nahm weitgehend an, diese Dinge würden sich von selbst regulieren, wenn man sie einem Preis- und Marktsystem überließ.

Die Nutzung fremder natürlicher Hilfsquellen durch Auslandsinvestitionen, bei denen private Gewinninteressen das Motiv abgeben, würde billigere Rohstoffquellen bedeuten, die dem Konsumenten in Gestalt niedrigerer Preise oder in einer größeren Anzahl verfügbarer Waren zugute kommen würden. Wenn das Einkommen aus Investitionen im Ausland höher ist als das aus Inlandsinvestitionen, dann wird das Volk als Ganzes einen Nutzen davon haben. Auslandsinvestitionen waren das logische Gegenstück zu der bestehenden internationalen Arbeitsteilung. Unter diesen Umständen dienten die ausländischen Investitionen der Versorgung der industriellen Gläubigerländer mit billigen Nahrungsmitteln und Rohstoffen. Der Anlaß zum Investieren wurde durch den eigenen Bedarf der investierenden Länder bestimmt. In dem Ausmaß, in dem der Bedarf der industriellen Länder an solchen Gütern in den letzten Jahrzehnten im Vergleich mit der früheren Zeit nachgelassen hat, ist auch diese traditionelle Form der überseeischen Kapitalanlagen zurückgegangen. Aber heute ist es der Bedarf der Entwicklungsländer selbst, der den Zustrom ausländischen Kapitals bestimmt, wodurch eine neue Form der internationalen Kapitalbewegung, die der neuen weltwirtschaftlichen Struktur entspricht, bedingt ist.

Eine ausländische Kapitalanlage kann als günstig erachtet werden, wenn sie die Produktivität und Kapazität des Schuldnerlandes in einer Art steigert, daß es mehr als nur für seinen eigenen Bedarf produziert, um mit den Überschüssen die notwendigen Importe bezahlen und die ausländischen Gläubiger befriedigen zu können. Aber gerade in dem Augenblick, in dem die Entwicklungsländer ungeheures Kapital für eine Förderung der Gesamtwirtschaft einschließlich der Industrialisierung benötigten, trat auf dem internationalen Kapitalmarkt ein frappanter Widerspruch zutage: Während der britischen Vorrangstellung im 19. und bis zu Beginn des 20. Jahrhunderts ermöglichte es Englands gewaltige Einfuhr an Rohstoffen und Nahrungsmitteln den Schuldnerländern, ihre Verbindlichkeiten England gegenüber vollständig zu erfüllen. Die Entwicklungsländer waren sogar in der Lage, ihre anderen europäischen Gläubiger in der begehrten englischen Sterlingwährung voll zu befriedigen. Diese hohe englische Einfuhr war bedingt durch Englands führende Stellung auf dem Gebiet der industriellen Produktion und durch den Rohstoffmangel auf den britischen Inseln. Nach und nach verschwand die Konkurrenz zwischen mehreren kapitalexportierenden Staaten zugunsten eines Monopols der USA. Die USA, die diese wirtschaftliche Vormachtstellung Englands übernommen haben, sind aber nicht in der Lage, die damalige Stellung Englands als Gläubiger der Entwicklungsländer einzunehmen, gerade weil sie auf die Einfuhr von Rohstoffen und Nahrungsmitteln nicht angewiesen sind. Im Gegenteil haben sie überschüssige Nahrungsmittel zu exportieren.⁶⁾

Im Gegensatz zu den heutigen amerikanischen Kapitalgebern haben die britischen Kapitalexporenkteure des damaligen Englands als Pioniere und Entdecker die Durchdringung und Erschließung jungfräulicher Gebiete gefördert. Die Kapitalexporenkteure anderer Länder sind dagegen in den ausgetretenen Pfaden Englands gewandelt und haben ihr Kapital angelegt, wo es die Engländer zuvor investiert hatten. Unkenntnis und mangelnde Risikofreudigkeit dürften hierfür die Hauptursache gewesen sein. Wir haben es also mit einem Übertragungsprozeß zu tun, der dem britischen Kapital den Weg in immer fernere und weniger entwickelte Teile der Erde ermöglichte. Diese Pioniertätigkeit der britischen Auslandsanleihen hatte vor allem in der Risikofreudigkeit englischer Kapitalgeber, in den ausgedehnten Handelsbeziehungen Großbritanniens und in dem reichen Erfahrungsschatz ihre Grundlage. Ein solcher Pioniergeist und eine Risikofreudigkeit zu Investitionen in den Entwicklungsländern sind in den USA heute jedoch noch nicht in dem erwünschten und erforderlichen Maße vorhanden. Daher ist es auch verständlich, wenn bislang das amerikanische private Kapital zum größten Teil in die bereits industrialisierten Länder strömte. Erdöl ist selbstverständlich eine Ausnahme. Ist dies die Ursache dafür, daß die USA die Rückzahlung ihrer An-

⁶⁾ Vgl. Emil Küng: „Gestaltwandel in der internationalen Kapitalbewegung“, in: Wirtschaftsdienst, Juni 1952, S. 345 ff.

leihen von den Entwicklungsländern in politischen Verpflichtungen fordern? Wenn ja, so liegen die Ursachen an den amerikanischen Prinzipien des Antikommunismus und des Antikolonialismus. Im letzteren Falle befürchten sie, daß ihre Gelder für die Entwicklung von Projekten verlorengehen und nicht den Völkern innerhalb ihrer Einflußsphäre zugute kommen könnten. Es besteht ein hintergründiger Konflikt zwischen Amerika und seinen Verbündeten hinsichtlich der Entwicklungshilfe. Man kann also sagen, daß diese Haltung Amerikas durch die internationale Lage diktiert ist.

HINDERNISSE SEITENS DER ENTWICKLUNGSLÄNDER Der Nationalismus

Es wird häufig behauptet, daß der Nationalismus in den Entwicklungsländern ein Hindernis für ausländische Investitionen bildet. Was für ein Nationalismus soll das sein? Versteht man unter diesem Nationalismus das Bestreben auf Sicherung der eigenen Interessen und der eigenen Existenz, so entfällt der Vorwurf eines unberechtigten Nationalismus, denn die Kapitalgeber haben eben dieselben Ziele. Es ist undenkbar, daß die Entwicklungsländer Investitionsangebote zurückweisen, wenn diese tatsächlich wirtschaftspolitisch gesehen ihrem Vorteil, d. h. der wirklichen Förderung ihrer Wirtschaft, dienen. Worin mögen die Ursachen liegen, wenn die Entwicklungsländer solche Angebote zurückweisen?

Zunächst sind die Interessen der beiden Vertragspartner fest abgegrenzt; der Kapitalgeber erwartet einen möglichst hohen Gewinn, das kapitalnehmende Land den Ausbau seiner Wirtschaft und damit die Erhöhung seines Lebensstandards, und zwar will es dies erreichen, ohne dabei gezwungen zu sein, seine nationale Unabhängigkeit antasten zu lassen, wobei es selbstverständlich dafür Sorge tragen muß, daß dem Kapitalgeber die ihm rechtlich zustehenden Einnahmen gesichert werden. Da aber erfahrungsgemäß ausländische Investoren in Entwicklungsländern, sei es zur Erhöhung ihres Gewinnes, sei es aus anderen Gründen, versuchen, auf die inneren Verhältnisse ihres Schuldnerlandes Einfluß zu nehmen, geraten sie hiermit notwendig in Gegensatz zu diesem einheimischen „Nationalismus“, der zwar nicht die Berechtigung auf Gewinne des Kapitalgebers, wohl aber jegliche Einflußnahme auf die inneren Verhältnisse des Landes ablehnt.

Als Zweites wendet sich dieser „Nationalismus“ gegen seiner Meinung nach unverhältnismäßig hohe Gewinne des ausländischen Kapitalgebers auf Kosten der einheimischen Wirtschaft. Im einzelnen wenden sich die Vorwürfe im Falle der direkten Investitionen dagegen, daß die Gewinne zum größten Teil exportiert werden und daß damit eine einheimische Kapitalbildung stark erschwert wird. Man fordert also entweder eine höhere Gewinnbeteiligung des Schuldnerlandes oder zumindest, daß ein größerer Teil des Gewinnes wieder investiert wird.

Dazu kommt, daß die ausländischen Kapitalgeber sich meist weigern, auch einheimisches Kapital an den von

ihnen aufgebauten Unternehmen zu beteiligen; hierdurch wird die einheimische Wirtschaft nicht nur vom Gewinn, sondern auch von jeder Beteiligung an der Leitung ausgeschlossen. Auf diese Weise wird aber nicht nur die einheimische Kapitalbildung noch mehr beschnitten, sondern es ergeben sich höchst nachteilige Folgen für die spätere selbständige Entwicklung der einheimischen Industrie, indem Einheimische keine Erfahrung auf dem Gebiet der Betriebsleitung gewinnen können. Ebenso nachteilig ist in diesem Zusammenhang die Vernachlässigung der Ausbildung eingeborener Techniker und Facharbeiter. Weiter richten sich die Vorwürfe dagegen, daß die ausländischen Unternehmen sowohl die Löhne als auch die Arbeitsbedingungen von sich aus festsetzen können, ohne daß dabei der Staat ein Mitbestimmungsrecht hat. Man spricht dann von der Ausbeutung der einheimischen Arbeitskraft durch das ausländische Kapital.

Wenn das kapitalnehmende Land auf diese Weise viel weniger Vorteile gewinnt, als es von den ausländischen Investitionen erwartet, ist das Entstehen einer einheimischen Opposition, mit anderen Worten ein „Nationalismus“, selbstverständlich. Aus dem Gesagten geht hervor, warum sich die Regierungen in einzelnen extremen Fällen eventuell auch unter dem Druck der Bevölkerung zur „Expropriation“ und Nationalisierung gezwungen sahen.

Was also wollen die Entwicklungsländer? Sie fordern, daß die Einfuhr von ausländischem Privatkapital von gewissen Bedingungen abhängig gemacht wird:

1. Die Beteiligung des einheimischen Kapitals an den Unternehmen, die in dem Entwicklungsland gegründet worden sind,
2. eine einheimische Teilnahme an der Führung und Organisation der Unternehmen,
3. der Zwang für solche Unternehmen, einen Teil der Gewinne innerhalb des Entwicklungslandes für die wirtschaftliche Förderung wieder zu investieren,
4. eine Verpflichtung dieser Unternehmen, den einheimischen Beschäftigten eine genügende technische Ausbildung zu geben,
5. die Festsetzung der Löhne und Gehälter der beschäftigten Einheimischen soll durch Vereinbarung mit der Regierung des in Frage kommenden Entwicklungslandes bestimmt werden,
6. dem Staat des kapitalnehmenden Landes muß ein angemessener Teil des Reingewinnes zufließen,
7. die ausländischen Kapitalgeber sollen sich nicht in die inneren Angelegenheiten des Landes mischen.⁷⁾

Das Ausmaß politischer Unsicherheit Soweit die neuen internationalen Investitionen den Aufbau neuer Gesamtwirtschaften zum Ziele haben, werden sie unbedingt langfristig sein. Es wird sich in erster Linie um die sogenannten „Utility Investments“ handeln, also z. B. die Errichtung von Kraftwerken, die Entwicklung eines Verkehrsnetzes, der Be- und

⁷⁾ Vgl. „The International Flow of Private Capital 1946—1952 (hrsg. v. d. United Nations), New York 1954, S. 51.

Entwässerung, des Schul- und Gesundheitswesens u. a. m., d. h. die Infrastruktur. Vom Gesichtspunkt der Kapitalgeber in der Mitte des 20. Jahrhunderts aus sind diese Investitionen nicht rentabel bzw. nicht schnell rentabel. Aber vom Gesichtspunkt der Entwicklungsländer und der wirtschaftlichen Logik aus sind sie überhaupt die erste Voraussetzung für den zukünftigen Gewinn und damit für einen noch größeren Gewinn, der auf der Weltprosperität beruht, die durch die Industrialisierung der neuen Länder verursacht wird. Aber eines ist nicht zu vergessen, nämlich daß diese lange Frist durch Zinsen bezahlt wird und sie außerdem eine Expansion der Warenausfuhr der Kapitalgeber hervorruft. Näher betrachtet sollte man sich nur die Frage stellen, wie man von einem Schuldner erwarten kann, daß er seine Schulden bezahlt, bevor er das geliehene Kapital verwertet oder aus ihm einen Gewinn erzielt hat.

Es wird auch eingewendet, daß derartige langfristige Kredite ein besonderes Risiko darstellen. Darauf läßt sich aber erwidern, daß Handel in jedem Fall ein Risiko ist und die erste Voraussetzung dafür in dem Glauben an sich selbst und in dem Vertrauen in die Kreditwürdigkeit des Schuldners liegt.

Hinsichtlich des mit Auslandsinvestitionen verbundenen Risikos lehrt uns die englische Wirtschaftsgeschichte zur Zeit, da England noch Hauptgläubiger der Welt war, daß trotz finanzieller Unsicherheit, Verlusten, Kriegen und ähnlicher für den Kapitalgeber angeblich gefährlicher Umstände weiterhin große Kapitalien in diese risikoreichen Gebiete investiert wurden. England hat stets langfristige Investitionen getätigt, die erst nach Jahren einen echten Gewinn abwerfen konnten. Das war in der Tat das sichtbarste Merkmal der britischen Auslandsanleihen. Die englischen Kapitalexporthoren warteten mit Geduld und Vertrauen. Das glänzendste Beispiel dieser Geduld und dieses Vertrauens war die „South African chartered Company“, in die seit ihrer Gründung zwanzig Jahre lang ständig neue Gelder investiert wurden, obgleich sie niemals Dividende abwarf. Trotz der finanziellen Rückschläge durch Verluste, Krieg und dergleichen gewinnt man den Eindruck, daß das Anwachsen der englischen Investitionen im Ausland nach 1900 von den früheren Kapitalanlagen vorbereitet wurde. Durch diese waren Bedingungen geschaffen worden, die ein sicheres Durchdringen dieser Gebiete und eine rentablere Kapitalanlage möglich machten. Andererseits erleichterte das steigende Einkommen, das die britischen Investoren ständig aus ihren im Ausland angelegten Kapitalien erhielten, noch größere Investitionen ohne nennenswertes finanzielles Risiko.⁸⁾

Ein weiterer Einwand wäre, daß es heute in den Entwicklungsländern viele Unruheherde gibt oder in der Zukunft geben könnte. Das ist aber nichts Neues, weder für die Entwicklungsländer noch für die Welt

⁸⁾ Vgl. Herbert Feis: „Europe, the World's Banker 1870—1914. An Account of European Foreign Investment and the Connection of World Finance with Diplomacy before the War“, New Haven 1930, 2. Aufl. 1931, besonders S. 13 u. S. 29.

überhaupt. Es ist damit jedoch nicht gesagt, daß diese Unruhen sich zu Ungunsten der Interessen der Kapitalgeber auswirken müssen. In der überwiegenden Zahl der Fälle ist sogar das Gegenteil der Fall. Man darf nicht nach den äußeren Erscheinungsformen eines Phänomens urteilen, sondern man muß die Hintergründe sehen, d. h. daß durch Umwälzungen, wie auch historisch bewiesen ist, in den meisten Fällen eine wirtschaftliche Weiterentwicklung stattgefunden hat. Es ist undenkbar, daß eine weitgehende wirtschaftliche Entwicklung, vor allem Industrialisierung, um sich greifen kann, ohne große Umwälzungen in der politischen und sozialen Struktur der betreffenden Gebiete hervorzurufen. Gerade ein politischer oder sozialer Umschwung geht in den seltensten Fällen ordnungsgemäß vor sich. Es werden Spannungen und oft auch Gewaltmaßnahmen damit verbunden sein. Die alte Ordnung wird zerstört werden durch Einführung der nun notwendigen Fachausbildung, durch die neue Arbeitsdisziplin in den Fabriken, die Ausbreitung der Geldwirtschaft in Gebieten, die bisher nur zum eigenen Lebensunterhalt Landwirtschaft betrieben, die Bildung einer Besitzer- und einer industriellen Arbeiterklasse sowie einer Mittelschicht, die Verstärkung, die Eröffnung neuer Möglichkeiten für einen sozialen Anstieg und den Wettstreit um die Führung des Landes. Auf diese Weise wird die Stellung der herrschenden Schichten in jedem Land bedroht. Vielleicht werden sie sich anpassen können und mit dem Fortschritt gemeinsame Sache machen, vielleicht werden aber die neuen Verhältnisse auch völlig neue Gruppen mit der politischen Führung beauftragen. Es besteht natürlich auch eine Unbeständigkeit in Staatsformen und Regierungen dieser Länder, die nicht genau den politischen Weltanschauungen der westlichen Demokratien entsprechen. Sie müssen dies auch nicht, weil sie unter ganz anderen Voraussetzungen leben. Subjektiv vom Standpunkt des Kapitalgebers aus gesehen zerstört diese Labilität das Vertrauen zu diesen Ländern, während objektiv gesehen das Risiko dadurch gar nicht größer geworden ist, weil diese Labilität ja nur auf die Tatsache zurückzuführen ist, daß diese Länder wirtschaftlich unterentwickelt sind; in dem Augenblick jedoch, in dem sie Investitionen erhalten, werden sie sich nach vorübergehenden unsicheren Perioden leichter zu festen, demokratischen Staatsformen entwickeln können. In der Tat besteht in den meisten Fällen ein enger Zusammenhang zwischen dem Aufkommen der modernen Industrie und der Entwicklung demokratischer Einrichtungen. In dem Augenblick, in dem aber der Wohlstand schwindet, schwindet auch das Interesse an demokratischen Institutionen.⁹⁾

Nach den heute anerkannten Grundsätzen und Prinzipien des Völkerrechts bedeutet ein Regierungswechsel keine Ablösung oder Nichtanerkennung einmal eingegangener internationaler Verbindlichkeiten, weil in jedem Falle nicht die Regierungsform, sondern das Land als

⁹⁾ Vgl. Eugene Staley: „The Future of Underdeveloped Countries“, London 1954, besonders S. 61.

solches als Schuldner in Betracht kommt. Es ist ja eine Selbstverständlichkeit, daß ein Schuldner, der einmal seinen Verpflichtungen nicht nachgekommen ist, von nun an nicht mehr als kreditwürdig angesehen wird. Gerade das aber müssen die heutigen Entwicklungsländer vermeiden, weil sie auch in Zukunft auf größere Kredite angewiesen sind, gleichgültig welche Regierungsform dort herrscht. Industrieanlagen werden von allen Regierungsformen gebraucht.

WEGE ZUR BESEITIGUNG DER HINDERNISSE
Schaffung einer internationalen
privaten Institution

Es besteht eine Möglichkeit, die eben beschriebenen Hindernisse sowohl seitens der Kapitalgeber als auch der Kapitalnehmer zu beseitigen oder mindestens zu mildern, und zwar unserer Ansicht nach durch die Schaffung einer privaten internationalen Institution. Diese kann zu einer Mobilisierung aller vorhandenen Investitionskapitalien — wie gering sie auch sein mögen — aus anderen Ländern, und nicht nur aus Westeuropa und den USA, sondern auch aus Ländern wie Kanada, der Schweiz, Schweden, Australien usw. beitragen. Das Bild dieser privaten Organisation, wie wir sie uns vorstellen, sieht folgendermaßen aus:

Die zu schaffende internationale Institution wird die Aufgabe haben, einerseits allgemeinverbindliche Regeln für die privaten internationalen Kapitalbewegungen zu finden, andererseits auch selbst aus einem zu schaffenden Fonds zur wirtschaftlichen Förderung der Entwicklungsländer beizutragen. Damit wird diese Institution gleichzeitig zum Vermittler zwischen Kapitalgebern und Entwicklungsländern. Es ist unbedingt wünschenswert, daß sie auf rein privater Basis beruht, da sich sonst leicht politische Erwägungen in die internationale wirtschaftliche Gesetzgebung wie auch in die Praxis der Kreditgewährung mischen, wobei auch die speziellen Interessen der einzelnen politischen Parteien und ein eventueller Regierungswechsel in einem der beteiligten Staaten ins Gewicht fallen könnten. Dazu kommt, daß der staatliche Mechanismus zu schwerfällig arbeitet und unfähig ist, die dringenden Bedürfnisse der Entwicklungsländer zu erfüllen. Ein abschreckendes Beispiel dafür bietet uns die bisherige Tätigkeit der UNO. Es sind also die folgenden Gründe, die die Schaffung einer solchen Organisation erfordern:

1. Ein großer Teil der bei internationalen Investitionen aufgetretenen Schwierigkeiten und Konflikte ist darauf zurückzuführen, daß es keine international gültigen allgemeinbindenden Vorschriften oder Regelungen hinsichtlich des Verhältnisses zwischen Kapitalgeber und Schuldnerland gibt. Wesentlich dabei ist, daß sich diese Instanz sowohl aus privaten Vertretern der Industrieländer als auch aus Angehörigen der Entwicklungsländer zusammensetzt.
2. Das Gefühl der Sicherheit, das die genannte Institution für die Kapitalgeber schaffen wird, würde der Entwicklung der Gesamtwirtschaft der Entwicklungsländer zugute kommen. Konnte bisher ein Land wegen seiner begrenzten Kapazität nur in einem oder einigen

Industriezweigen investieren, wobei die übrigen leer ausgingen, so wird sich jetzt die Möglichkeit bieten, daß andere kapitalgebende Länder in den sonst vernachlässigten Industriezweigen investieren, wodurch eine gleichmäßige Entwicklung der Gesamtwirtschaft des kapitalnehmenden Landes gewährleistet wäre.

3. Jedes investierende Land hat allein nur eine begrenzte Kapazität, die sich bald erschöpft, und unterbricht damit die Entwicklung der Wirtschaft des Schuldnerlandes. Wenn dagegen die einzelnen investierenden Länder in einer Gemeinschaft zusammenwirken, wird die Kontinuität in der wirtschaftlichen Förderung des Entwicklungslandes gesichert.
 4. Das allein investierende Land kann durch innen- oder außenpolitische oder wirtschaftspolitische Ereignisse in seinem eigenen Land gezwungen sein, die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit einem oder mehreren Entwicklungsländern einzustellen.
 5. Da ein einziges kapitalgebendes Land im allgemeinen nur einen bestimmten Wirtschaftszweig zu fördern pflegt, liegt die Gefahr einer Überentwicklung, die zu einer Monopolbildung führt, sehr nahe.
 6. Diese gemeinsam gebildete Institution, die zu einer Förderung der verschiedenen Wirtschaftszweige des unterentwickelten Landes beitragen soll, wird das Risiko der Kapitalgeber verringern, weil dann eine große Zahl von ausländischen Unternehmen und Investoren vorhanden ist, die ihrerseits ein Anwachsen des Volkseinkommens verursachen.
 7. Die Tatsache, daß mehrere Investoren aus verschiedenen Industrieländern und Vertreter der unterentwickelten Länder in diesem Gremium sein werden, verhindert die eventuelle Ausbeutung seitens des Kapitalgebers und gibt den Völkern der unterentwickelten Länder das Bewußtsein, daß sie nicht ausgebeutet werden, da ja auch ihr eigenes Land dieser Instanz angehört. Diese neue Einstellung der Bevölkerung unterentwickelter Gebiete wird für die ausländischen Investoren eine Sicherheit sein, die den ständigen Zustrom von Kapital ermöglicht.
 8. Auch kann ein einzelnes Land — und wenn es das höchstindustrialisierte ist — nicht für alle Bereiche der Förderung eines unterentwickelten Landes kompetent sein. Auf dem Gebiet der Landwirtschaft kann z. B. ein Land wie Dänemark sehr viel mehr als die USA beitragen. Denn Dänemark verfügt über reiche Erfahrungen auf diesem Gebiet, besonders im Hinblick auf die landwirtschaftliche Ausbildung und auf das Genossenschaftswesen. Dazu kommt die intensive Methode seiner Landwirtschaft, die eher für die unterentwickelten Gebiete geeignet ist als die extensive der USA. Für den Aufbau einer Textilindustrie in einem unterentwickelten Gebiet wie Afrika käme viel eher Japan für die technische Beratung als die westeuropäischen Länder und die USA in Frage.
- Es ist in diesem Zusammenhang noch darauf hinzuweisen, daß auch Länder, die selbst noch als unterentwickelt bezeichnet werden müssen, doch auf einigen Wirtschaftsgebieten anderen unterentwickelten

Ländern wertvolle Hilfe geben können, insbesondere auf dem Gebiet der technischen Beratung; es scheint auch, als ob die Methoden und Erfahrungen der noch nicht voll industrialisierten Länder in manchen Wirtschaftszweigen sich besser an die speziellen Verhältnisse der unterentwickelten Länder anpassen als die der ausgesprochenen Industriestaaten. Im Rahmen einer internationalen Organisation hätte das unterentwickelte Land dazu die Möglichkeit einer reichen und freien Auswahl unter den verschiedensten Angeboten, könnte sich das ihm am meisten zusagende und das für seine Verhältnisse passendste herausuchen, wäre also nicht gezwungen, mit dem fremden Kapital auch ihm selbst fremde und unpassende Methoden zu übernehmen.

Wie schon oben angedeutet wurde, sollte die Tätigkeit der Organisation u. a. eine legislative sein. Es sind für alle Beteiligten verbindliche Vorschriften aufzustellen, die sich auf die Festsetzung des Zinssatzes, der Modalitäten der Rückzahlung, die Frage der Konvertibilität, die Kreditfrist, das Verhältnis des ausländischen zum inländischen Kapital in den Entwicklungsländern, die technische Ausbildung beziehen. Einer der wichtigsten Bestandteile der Institution hat ein zentrales Informationsbüro zu sein, dessen Aufgabe es ist, genauestens die jeweilige wirtschaftliche und soziale Lage, die Bedürfnisse und Geschäftsmöglichkeiten in allen beteiligten Ländern zu erforschen. Während bisher weder die unterentwickelten Länder noch die einzelnen Kapitalgeber die Möglichkeit und auch die Mittel für solche speziellen Studien besaßen, wodurch einerseits die unterentwickelten Länder nicht in der Lage waren, alle für sie bestehenden Möglichkeiten zu sehen und auszuschöpfen, andererseits die Kapitalgeber nicht über alle Profitmöglichkeiten sowie über tatsächliche oder auf Grund von Unkenntnis eingebildete Risiken informiert waren, wird jetzt allen Partnern eine zuverlässige Informationsquelle zur Verfügung stehen. Der bestmögliche Ausgleich der beiderseitigen Interessen kann stattfinden.

Die Organisation kann auch als Garant für die Kapitalgeber auftreten, indem sie gewissermaßen als ein Versicherungsinstitut gegen eine gewisse Gebühr sich bereit erklärt, die Risiken der Kapitalgeber zu übernehmen. Neben der Tätigkeit als Vermittler zwischen Kapitalgebern und Kapitalnehmern kann sie auch einen eigenen Fonds bilden, also selbst als Kapitalgeber fungieren. Dieser Fonds müßte in erster Linie von den Banken und sonstigen Kreditinstituten sowie auch direkt von der Öffentlichkeit in Form von Anleihen gespeist werden; dabei wäre auch die Möglichkeit einer Unterstützung durch die interessierten Staaten nicht ausgeschlossen. Zu ihren Aufgaben sollte die Überwachung der einzelnen Partner im Hinblick auf die Beachtung der aufgestellten Grundsätze und Vorschriften gehören.

Eine Schlichtungskommission sollte für alle eventuell auftretenden Konflikte zwischen Gläubigern und Schuldnern eingerichtet werden. Bleibt ein solches Schlichtungsverfahren erfolglos, so sollte der Fall dem

Schiedsspruch eines zu schaffenden internationalen Handelsgerichtshofes unterworfen werden. Diese richterliche Instanz wird ihren Entscheidungen dadurch Gewicht verleihen können, daß sie im Falle der Nichtbefolgung gegen den schuldigen Partner zu Sanktionen wirtschaftlicher Natur greift, also z. B. ein Land für kreditunwürdig erklärt, wobei die Organisation als wichtigste Folge die Kreditgarantie für das betreffende Land nicht mehr aufrechterhalten würde. Ist ein kapitalnehmendes Land der schuldige Teil, so werden alle Kapitalgeber, die dort investiert haben, aufgefordert werden, ihre Kapitalien zurückzuziehen; im umgekehrten Falle, d. h. wenn es gilt, einen Kapitalgeber zur Befolgung des Schiedsspruches zu zwingen, würden die Sanktionen darin bestehen, daß die kapitalnehmenden Länder aufgefordert werden, einmal keine Investitionen des betreffenden Partners mehr anzunehmen. Es ist uns klar, daß dieses der schwierigste Punkt ist.

Es erhebt sich die Frage, wie die zweifellos hohen Kosten für eine solche Organisation gedeckt werden können. Wie zum Teil aus dem vorher Gesagten zu entnehmen ist, gibt es folgende Einnahmequellen:

1. Da die Organisation u. a. als Versicherungsinstitut fungiert, werden Prämien für die gegen Risiken versicherten Geschäfte erhoben.
2. Gebühren für die Vermittlung von Investitionsaufträgen.
3. Beiträge der Mitglieder für ihnen gewährte Vorteile, z. B. die Benutzung der Forschungsergebnisse des Informationsbüros.
4. Beiträge der an diesem Prozeß profitierenden Banken und anderer Kreditinstitute.
5. Unterstützung durch die an der Belebung des internationalen Handels interessierten Staaten und internationalen Organisationen.

Regelung der Konflikte

Als letzte Instanz zur Regelung der Konflikte zwischen den Kapitalgebern und den Schuldnerländern müßte ein besonderer internationaler Handelsgerichtshof geschaffen werden, der sich auf privater Ebene sowohl aus Mitgliedern der Gläubiger- als auch der Schuldnerländer konstituiert. Wie bereits erwähnt, sollte die erste Instanz die sogenannte Schlichtungskommission sein, die innerhalb der Organisation selbst gebildet wird. Wenn die Entscheidung dieser Kommission in einem Konfliktfalle nicht anerkannt wird, kann die zweite und letzte Instanz angerufen werden. Ihre Entscheidung jedoch ist dann endgültig und verpflichtet die Organisation, wirtschaftliche Sanktionen gegen den schuldigen Teil einzuleiten. Allerdings glauben wir nicht, daß es ratsam oder erfolgsversprechend ist, diese Sanktionen bis zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu treiben, wie es beim Völkerbund und auch heute bei der UNO vorgesehen war und ist. Denn einmal wird auf diese Weise ein rein wirtschaftliches Problem zum politischen, und zweitens werden ja gerade durch solche Maßnahmen die so wichtigen Verhandlungs-

möglichkeiten zwischen den beiden Partnern unterbrochen. Man sollte daher versuchen, durch halboffizielle Verhandlungen hinter der politischen Kulisse zu einer schnellen Lösung zu gelangen.

Koordinierung

Einer der wichtigsten Hintergründe für die Schaffung dieser privaten internationalen Institution dürfte die Ermutigung und Gewinnung sowie die Eingliederung amerikanischer Kapitalgeber sein. Es ist falsch, wenn in diesem Zusammenhang behauptet wird, daß erst das Kapital vorhanden sein müsse, bevor die Organisation gegründet werden kann. Um überhaupt die Mittel von den Industriestaaten zu erlangen, wird es zweifellos von Bedeutung sein, daß irgendein konkretes Organ besteht, das eine intensive Propaganda betreibt und das Interesse für die Vorhaben weckt. Die Schaffung dieser internationalen Institution hängt also von ihren Grundsätzen sowie der Lösung der umstrittenen Probleme durch entsprechende Abkommen ab. Nicht zuletzt wird auch die Bereitschaft zur Zusammenarbeit aller an dem Export Interessierten eine wichtige Rolle spielen.

Die vorgeschlagene Institution soll natürlich auch in keiner Weise die bereits bestehenden internationalen finanziellen Organisationen, wie die Weltbank und

das Technische Hilfsprogramm der UNO, ersetzen und aufheben. Die von uns vorgeschlagene Organisation muß auch keinesfalls eine Monopolstellung in den internationalen Investitionsbeziehungen einnehmen, wenngleich sie sicherlich auf Grund ihres Umfanges die besten Garantien bieten wird, sondern neben ihr können selbstverständlich auch die bisherigen traditionellen Formen von Auslandsinvestitionen weiter bestehen, wenn sie unter günstigeren Bedingungen arbeiten, wobei aber auch das traditionelle Risiko weiter besteht.

Eine dieser Formen ergibt sich, wenn infolge von freundschaftlichen Beziehungen und traditionellen Bindungen und Interessen ein Land einem anderen besonders großzügig entgegenkommen möchte und diesem zu besseren Bedingungen Investitionen anbietet, als die von uns vorgeschlagene Organisation dazu in der Lage wäre. Eine zweite Möglichkeit ist die Bildung kapitalkräftiger und investitionsfreudiger kleiner Gesellschaften privater Art, die noch mit dem alten Unternehmungsgeist arbeiten und aus diesem Grunde mit einem hohen Einsatz und geringen Garantien hohe Gewinne erzielen möchten, gleichzeitig jedoch auch eine echte Förderung der unterentwickelten Länder im Auge haben.

Summary: Prerequisites and Measures to Protect the International Capital Financing Development Projects. Based on the investigation of the causes for the lacking accumulation of capital in the development countries the author describes the obstructions, which the financing of industrial projects meets in the capital supplying countries on the one hand and in the capital receiving countries on the other. Historical factors impede the investment of private capital in countries, which are building up industries. Investment policies which in the past in former colonies were solely directed towards maximum profits, have caused a reluctance of their peoples to foreign capital investments, which is still effective today. The international division of labour established in the 19. century has one-sidedly influenced the production of the development countries by the preference given to certain raw materials, while at the same time other branches of the economy were being neglected. But also the present political insecurity and the "nationalism," which opposes economic aids connected with political obligations, is causing difficulties. To remove these obstructions the author is supporting the plan of creating a private international institution. The tasks of this institution are to be the elaboration and the control of compulsory regulations for international financial transactions and the formation of own funds for the granting of credits.

Résumé: La garantie des investissements privés internationaux pour des projets d'industrialisation — données de base et mesures. Partant d'une analyse des causes de l'insuffisance de la formation du capital dans les pays sous-développés, l'auteur traite des obstacles entravant le financement des projets d'industrialisation aussi bien du côté des pays-débiteurs que du côté des pays-crédanciers. Dans les pays en train d'industrialisation les investissements privés sont entravés par des facteurs d'ordre historique. Avant l'émancipation des pays coloniaux la politique d'investissement des investisseurs d'outre-mer poursuivait uniquement le but d'amasser des profits maximum. Cette politique a fait naître dans les populations de ces pays une forte aversion, toujours active, contre les investissements de capitaux étrangers. La division du travail à l'échelle internationale qui s'est développée au 19ième siècle est la cause du déséquilibre économique des pays sous-développés. La production fut orientée exclusivement sur quelques matières premières préférées, tout en négligeant d'autres secteurs économiques. Parmi les autres obstacles il faut compter, à présent, le manque de stabilité politique et les mouvements nationalistes qui s'opposent contre toute aide économique étrangère à base de conditions politiques. L'auteur se prononce pour le plan conçu dans le but d'abolir ces obstacles, i. e. de créer une institution privée internationale. Elle aurait la tâche d'élaborer et de contrôler des réglementations obligatoires pour les mouvements des capitaux internationaux et de consentir des crédits disponibles d'un fonds propre.

Resumen: Premisas y medidas para la protección del capital privado internacional para financiación de proyectos de desarrollo. Partiendo desde la investigación de las causas de la escasez de creación de capitales en los países de desarrollo, el autor representa los obstáculos que surgen, tanto de parte de los países dadores como de los países tomadores de capitales, en la financiación de proyectos de industrialización. Factores de índole histórica dificultan la colocación del capital privado en los países que se industrializan. La política de inversión, dirigida en tiempos anteriores solamente a una maximidad de ganancias en los países antiguamente coloniales, ha provocado entre sus pobladores una aversión de efectos prolongados hasta el presente contra las inversiones extranjeras de capital. Una división de trabajo internacional afianzada en el siglo XIX ha influido unilateralmente la orientación de la producción de los países de desarrollo, en el sentido de una preferencia por ciertas materias primas y negligencia simultánea de otras ramas económicas. Pero también la actual inestabilidad política y el "Nacionalismo", que se vuelve en contra de las ayudas económicas atadas a compromisos políticos, dan lugar a dificultades. El autor sostiene el plan de crear una institución internacional privada para vencer estos impedimentos. Las tareas de esta Institución deben consistir en la preparación y control de reglamentaciones obligatorias para los movimientos internacionales de capital, y de ayuda en créditos otorgados por un fondo propio.